Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Gescheiterter EU-Gipfel: Jetzt rächt sich Baerbocks „hoher Preis“
2. Militärrepublik Deutschland (II)
3. Versteckte Kürzung durch die Hintertür: Warum der Haushalt 2027 für Bedürftige zur teuren Falle wird
4. Das Brennertunnel-Desaster wird immer größer
5. Jeffrey Sachs trifft Putin: Wie tickt der Kreml-Chef?
6. Stimmen zum Angriff auf russische Schiffe in Libyen
7. Polen richtet Flugverbotszone an Ostgrenze ein
8. Warnung vor Negativ-Vorbild Ukraine: Experten empfehlen Georgien Neutralität
9. Menschenrechtspreis: Palästinensischer Anwalt für Kinderrechte wird geehrt
10. BYD will Autos für Europa in Frankreich produzieren
11. Bei uns verbotene Pestizide werden in Afrika verkauft
12. Neue Energie, alte Ausbeutung: Grüner Strom darf nicht auf Kosten indigener Rechte gehen
13. Resignation und Vision
14. Uwe Wagschal zum BSW-Urteil des Bundesverfassungsgericht: „Das ist Statistik à la carte“
15. Microsoft ruft nach weltweitem IT-Ausfall »Code Red« aus

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gescheiterter EU-Gipfel: Jetzt rächt sich Baerbocks „hoher Preis“**
   In Brüssel geht ein Gespenst um – das Gespenst der Ukraine-Rechnung. Ein Hauch Annalena Baerbock wehte durch die Sitzungssäle des gescheiterten EU-Sondergipfels, auch wenn ihren Namen dort niemand aussprach.
   „Wir sind bereit, einen hohen Preis zu zahlen“ – so klang die ehemalige Außenministerin einst in Kiew, voller Pathos. Das war am 24. Februar 2022. Heute, wo abgerechnet wird, zeigt sich: Es war eine – damals schon erkennbar – eklatante Fehleinschätzung. Baerbock selbst zahlt übrigens keinen hohen Preis, sie hat inzwischen wohl zwei gut dotierte Jobs: einen in New York, den zweiten bei einem Lobbyunternehmen, das Verbindungen zu Panzerbauern hat.
   Denn am Ende geht es eben nicht um die eigene Moralvorstellung, sondern um den Etat. Und das Erbe dieser Haltungspolitik landet nun auf dem Tisch von Friedrich Merz, der mit solchen Dingen so unbeholfen umgeht, wie man es von ihm kennt. Seine Position ist entlarvend doppelbödig: Der EU-Haushalt müsse gekürzt werden, zugleich knüpft er seine Zustimmung an milliardenschwere Ukraine-Hilfen – oder er blockiert. Wer bezahlt für die Ukraine, während im eigenen Land gespart wird? Diese Frage will Merz nicht beantworten. Lieber exportiert er den Konflikt nach Brüssel.
   Quelle: Berliner Zeitung

   dazu: **EU-Sondergipfel in Brüssel vorzeitig abgebrochen**
   Um 204 Milliarden Euro wollte EU-Ratspräsident António Costa den ursprünglichen Haushaltsentwurf kürzen. Deutschland verlangt weitere Einsparungen. Auch über einen neuen Milliardenkredit für die Ukraine gibt es keine Einigung.
   Quelle: World News Monitor

2. **Militärrepublik Deutschland (II)**
   Die klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt die Ziele ab, mit denen die Bundesregierung die dramatische Aufstockung des Militärhaushalts und die parallel eingeleiteten dramatischen Sozialkürzungen begründet. 64 Prozent der Deutschen sprechen sich gegen jegliche militärische Führungsrolle der Bundesrepublik in Europa aus. Bundeskanzler Friedrich Merz verfolgt das erklärte Ziel, die Bundeswehr „zur konventionell stärksten Armee Europas“ zu machen und Deutschland damit als militärische Führungsmacht auf dem Kontinent zu positionieren. Entsprechend stockt Berlin das Militärbudget inklusive Sonderschulden auf 140 Milliarden Euro auf, während es den

Gesundheitsetat um mehr als ein Drittel auf 14,3 Milliarden Euro zusammenstreicht: ein Zehntel des Militärbudgets. Merz kündigte am Mittwoch weitere Sozialkürzungen an: „Wir alle“ müssten „manche liebgewonnene Vorstellung aufgeben“, denn „aus Steuermitteln“ sei nicht mehr zu leisten, woran „wir uns allzu sehr und allzu lange gewöhnt haben“. Schon heute lebt ein Sechstel der deutschen Bevölkerung in Armut; fast fünf Millionen Menschen sind finanziell nicht in der Lage, ihre Wohnung im Winter angemessen zu heizen.
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **Pistorius bleibt auf 14 Milliarden Euro sitzen**
Der Verteidigungsminister erhielt für die Modernisierung der Bundeswehr ein Mega-Budget von gut 108 Milliarden Euro. Doch sein Haus kann mehr als ein Zehntel davon nicht ausgeben. Für Pistorius ist das ein Problem. […]
Zum Ende dieses Jahres haben die Planer von Pistorius einen Kassensturz gemacht. Sie haben nachgeschaut, ob das zur Verfügung stehende Geld zeitgerecht in Rüstungsprojekte umgesetzt wurde. Die Bilanz überrascht. So können im laufenden Jahr laut den internen Berechnungen gut 14 Milliarden Euro nicht wie geplant ausgegeben werden. Im Jargon der Militärs und der Haushaltsplaner kann die Riesensumme bis zum Ende 2026 »nicht abfließen«.
Quelle: DER SPIEGEL

3. **Versteckte Kürzung durch die Hintertür: Warum der Haushalt 2027 für Bedürftige zur teuren Falle wird**
Im Vorfeld der Haushaltsberatungen hatten Pläne für drastische Kürzungen beim Wohngeld und bei Familienleistungen für scharfe Proteste gesorgt. Ein breites Sozialstaatsbündnis, darunter der Paritätische Wohlfahrtsverband, hatte gewarnt, dass hunderttausende Haushalte ihren Anspruch verlieren könnten. Diese Sorge ist nun vorerst gebannt. Laut der Süddeutschen Zeitung nimmt die schwarz-rote Koalition geplante Sozialkürzungen von über einer Milliarde Euro beim Wohngeld, beim Unterhaltsvorschuss sowie beim Kindersofortzuschlag zurück.
Damit bleibt der monatliche Kindersofortzuschlag von 25 Euro grundsätzlich bestehen. Wie Finanztip berichtet, profitieren davon rund 1,5 Millionen Kinder. Eine Ausnahme sieht der Kompromiss allerdings vor – Familien, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, sollen den Zuschlag künftig nicht mehr erhalten. […]
Obwohl direkte Kürzungen abgewendet wurden, bedeutet der

Haushaltskompromiss für viele Haushalte reale Einbußen. Wie das Fachportal Bürger & Geld erläutert, wird die regulär für den 1. Januar 2027 vorgesehene Anpassung des Wohngeldes an die Miet- und Preisentwicklung ausgesetzt. Der ausgezahlte Betrag sinkt zwar nicht auf dem Papier, deckt bei weiter steigenden Mieten aber einen immer kleineren Teil der tatsächlichen Wohnkosten.
Ähnlich sieht es bei der Grundsicherung aus.
Quelle: FR Online

dazu auch: **Wir können „ein freies, ein gerechtes und ein soziales Land“ bleiben**
Deutschland stehe vor großen Herausforderungen, betonte Bundeskanzler Merz in seiner Rede zum Bundeshaushalt 2027 im Deutschen Bundestag. Trotz aller Schwierigkeiten berücksichtige das Haushaltsgesetz „die Sorgen, die viele Menschen in unserem Land haben“. […]
Der Bundeskanzler benannte vor allem vier Bereiche – Verteidigung, Infrastruktur, demografischer Wandel und Wirtschaft – bei denen „allzu lang Fundamentales vernachlässigt“ worden sei. Um Versäumtes nachzuholen, hätten Einnahmen und erlaubte Schulden nicht gereicht. Daher mussten Sonderschulden aufgenommen werden.
Quelle: Bundesregierung

Anmerkung Christian Reimann: *Der Bundeskanzler liefert im Grunde genommen eine Bankrotterklärung ab. Lediglich für die Ukraine, Militär und Rüstungsindustrie scheinen die finanzielle Mittel nahezu unbegrenzt zu sein. Geholfen wird jedoch nicht der Ukraine, sondern vor allem der Finanzindustrie (BlackRock & Co), die in der Ukraine und in Rüstungskonzerne investiert hat. Bezahlt wird mit dem Wohlstand hierzulande. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sollen "manche liebgewordene Vorstellung aufgeben". Dieser Bundeskanzler und seine schwarz-rote Regierung dienen nicht dem Volk – es wendet Schaden nicht ab, es stellt ihn selbst her.*

und: **Recht gegen Cash: Minister fordern Gebühren für Sozialklagen**
Die deutschen Landesjustizminister wollen die Ärmsten mit einer Gebühr vom Klagen vor Sozialgerichten abhalten. Denn mittels KI verfasste Schriftsätze verursachen angeblich zu viel Aufwand. Dabei weiß man, dass die behördliche Fehlerquote enorm ist. Allein die Hälfte angefochtener Jobcenter-Bescheide entpuppt sich seit Jahren als rechtswidrig. […]
Das heißt im Klartext: Jeder dritte angefochtene Bescheid von Sozialbehörden

wird von Gerichten wegen rechtlicher Fehler kassiert. Dabei ist nicht zu vergessen, dass den Fällen, die dort landen, in der Regel erfolglose Widerspruchsverfahren vorausgingen. Wie viele Widersprüche also im Vorfeld bereits erfolgreich waren, ist lediglich im Bereich der Jobcenter bekannt: laut Bundesagentur für Arbeit (BA) ebenfalls beinahe ein Drittel.
Quelle: RT DE

4. **Das Brennertunnel-Desaster wird immer größer**
   230 Kilometer Brennertunnel sind fertig. Aber Deutschland schafft es nicht, die Anschlussstrecken vor 2040 zu bauen. Die Blamage könnte kaum größer sein. […]
   Quelle: Handelsblatt (Bezahlschranke)

   dazu: **Wie Deutschland das Jahrhundertprojekt am Brenner gefährdet**
   Ab 2034 sollen Züge durch den Brennertunnel rollen. Doch der Bau der entscheidenden Zulaufstrecke in Bayern stockt – wegen aufwendiger Planungsprozesse und auch 19 Landwirten. […]
   Der Tunnelbau ist ein Jahrhundertprojekt. Für die zwei insgesamt 64 Kilometer langen Röhren, zuzüglich Service-Zugängen und Verbindungsarmen, wurden schätzungsweise 21,5 Millionen Kubikmeter Gestein aus den Alpen gesprengt und gebohrt. Im Sommer gab es unter den Alpen einen Durchbruch, zur großen Freude der Baumeister in Österreich und Italien. Und in Deutschland? Dort steht nach zähem Ringen inzwischen immerhin eine Trassenführung fest. "Der Brenner-Nordzulauf ist eines der DB-Projekte mit der umfangreichsten Bürgerbeteiligung", kommentiert ein Sprecher. In über 270 Sitzungen und hunderten Einzelgesprächen seien "die Fragen und Vorschläge von fast 10.000 Bürgerinnen und Bürgern persönlich erörtert" worden.
   Die Pläne liegen nun dem Deutschen Bundestag vor, kürzlich beschäftigte sich der Verkehrsausschuss mit ihnen. Mit einer Genehmigung ist nicht vor Ostern 2027 zu rechnen – erst dann kann die Bahn mit der Detailplanung beginnen. Eröffnet wird die Strecke frühestens 2040.
   Quelle: ZDF heute

5. **Jeffrey Sachs trifft Putin: Wie tickt der Kreml-Chef?**
   Jeffrey Sachs hat Rande des Gipfels in China Wladimir Putin getroffen. Im Interview mit World News Monitor erzählt der Ökonom und Diplomat, wie er den russischen Präsidenten erlebt hat, ob er unter Druck steht und was geschehen müsste, dass Russland den Krieg beendet.
   Auf einem Empfang im Rahmen des Gipfels der Präsidenten Chinas, der USA

und Russlands beim APEC-Gipfel im November 2026 in Shenzhen hat der Ökonom und Diplomat Jeffrey Sachs den russischen Präsidenten Wladimir Putin getroffen. Sachs schildert im Interview mit World News Monitor seinen Eindruck, den er vom Kreml-Chef gewonnen hat. Sachs‘ Fazit: Die Europäer könnten mit Putin reden, er sei analytisch und offenkundig in der Lage, zumindest an einem Austausch der Argumente mitzuwirken.
Quelle: World News Monitor

dazu auch: **Bislang „Zurückhaltung gezeigt“: US-Gesandter Kushner nennt Putin „historische Persönlichkeit“**
Trumps Schwiegersohn verhandelt für den US-Präsidenten zwischen Russland und der Ukraine. Weiter gehenden Forderungen von Kyjiw nach Sicherheitsgarantien erteilte er nun eine Absage.
US-Unterhändler Jared Kushner hat das Verhandlungsgeschick des russischen Präsidenten Wladimir Putin gelobt. „Man kann gut finden, was er getan hat, oder man kann es ablehnen. Aber er ist definitiv ein Großmeister der Politik. Er ist eine historische Persönlichkeit“, sagte der Schwiegersohn von US-Präsident Donald Trump im Podcast „MD meets“ von Axel-Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner.
Putin habe bislang „Zurückhaltung gezeigt“, befand Kushner trotz des russischen Angriffskrieges, der bereits Zehntausende ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten das Leben gekostet hat. Putin habe zugesagt, „keine Atomwaffen einzusetzen, was natürlich von enormer Bedeutung ist. Und er hat uns versichert, dass er das auch nicht vorhat“, so Kushner.
Quelle: Tagesspiegel

6. **Stimmen zum Angriff auf russische Schiffe in Libyen**
Ukrainische Seedrohnen griffen ein russisches Kriegsschiff im Hafen von Bengasi an und versenkten ein weiteres Frachtschiff. Es starben zwei libysche Marinesoldaten und Zivilisten wurden verletzt. Der ukrainische Präsident Selenski brüstete sich bei einem Nato-Treffen in Berlin der Tat. Vermutlich erfolgte der Angriff von einem Standort ukrainischen Militärs im Westen Libyens aus. Während die Machthaber im östlichen Libyen mit Russland kooperieren, arbeitet die Tripolis-Regierung im westlichen Libyen und ihre westlichen Militärunterstützer mit der Ukraine zusammen.Hierzu Stellungnahmen ausländischer Regierungen, internationale Kommentare und Stimmen aus Libyen.
Quelle: Gela-News

dazu auch: **In Libyen trifft der Westen Russland an einer empfindlichen Stelle**
Russland verlegt seine militärische Präsenz von Syrien nach Libyen. Moskau will den Zugang zum zentralen Mittelmeer nicht verlieren. Der Westen will Russland seit Jahren aus der Region verdrängen.
Der von der Ukraine reklamierte Angriff auf russische Schiffe vor der libyschen Küste am 22. November trifft einen strategisch wichtigen Knotenpunkt der russischen Militärpräsenz im Mittelmeer und in Afrika. „Eine beispielhafte ukrainische Operation als Antwort auf Russlands Krieg“, erklärte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj. Zwei libysche Marineoffiziere erlagen nach Angaben der ostlibyschen Streitkräfte am Dienstag ihren Verletzungen.
Quelle: World News Monitor

7. **Polen richtet Flugverbotszone an Ostgrenze ein**
Warschau will den Abschuss russischer Raketen und Drohnen erleichtern. Die Nato verstärkt ihre Luftüberwachung an der Ostflanke. Auch Deutschland ist involviert.
Polen will an seiner Ostgrenze eine dauerhafte Flugverbotszone einrichten, um den Abschuss russischer Raketen und Drohnen zu erleichtern. Die entsprechende Verordnung soll Ende Dezember oder Anfang Januar 2027 in Kraft treten, kündigte der stellvertretende polnische Verteidigungsminister Cezary Tomczyk am Mittwoch an. Ein erster Verordnungsentwurf wurde am 17. November veröffentlicht. Die Zone soll sich von der Ostgrenze über etwas mehr als zehn bis zu mehreren Dutzend Kilometern ins polnische Staatsgebiet erstrecken. Warschau will nach Angaben Tomczyks auch bei seinen Nato-Verbündeten dafür werben, vergleichbare Regelungen an der gesamten Ostflanke des Bündnisses einzuführen, berichtet Reuters.
Quelle: World News Monitor

dazu auch: **Mit Greenpeace in Dritten Weltkrieg? Aktion gegen Schattenflotte eskaliert**
Laut Wall Street Journal sah der deutsche Kommandant hohes Eskalationsrisiko. Moskau drohte später mit Atomwaffen. Dann riefen Stubb und Støre Putin an.
Fünf Schnellboote, ein Öltanker und ein russisches Kriegsschiff: Am 30. Juni 2026 ist vor Fehmarn eine Lage entstanden, die der Kommandant der deutschen Küstenwache später als hochgradig eskalationsgefährlich eingestuft

haben soll. Das berichtet das Wall Street Journal heute exklusiv. Greenpeace-Aktivisten fuhren damals auf den Schattenflotten-Tanker „Kira K“ zu. Laut WSJ hielt die russische Korvette „Soobrazitelny“ sie offenbar für die Küstenwache, die den Tanker entern wollte. Mit hohem Tempo hielt sie auf die Boote zu.
Quelle: Berliner Zeitung

und: **Lettland will eine Entrussifizierung umsetzen**
Lettland feierte vor wenigen Tagen, am 18. November, seinen Unabhängigkeitstag. Seit Lettland 1991, vor 35 Jahren, seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion wiedererlangte, ist eine ganze Generation vergangen. Dennoch kann Lettland Russland die 45 Jahre währende sowjetische Besatzung immer noch nicht verzeihen. Ein neues Dokument, das die neu gebildete Koalitionsregierung letzte Woche veröffentlichte, erwähnt unter Punkt 118 eine „Erklärung zur Entrussifizierung“, um den Gebrauch der russischen Sprache im öffentlichen Raum einzuschränken. „Entrussifizierung“ wirkt wie ein starker Begriff, weder besonders taktvoll noch politisch korrekt, aber zumindest hat er den Vorteil, dass er die Pläne der lettischen Regierung unmissverständlich macht.
Quelle: Globalbridge

8. **Warnung vor Negativ-Vorbild Ukraine: Experten empfehlen Georgien Neutralität**
   Bei einer internationalen Konferenz (5. November) in der georgischen Hauptstadt Tiflis haben Experten Georgien eine neutrale Haltung gegenüber Russland, den USA und der EU empfohlen. Rein Müllerson, ehemaliger estnischer Vize-Außenminister und früheres Mitglied im UN-Menschenrechtsrat, wies am Beispiel der Ukraine auf die Gefahren für ein nicht-neutrales Land hin. Müllerson sagte, für ihn sei 2014 schon absehbar gewesen, dass es ein Land mit derart unterschiedlichen Regionen, geschichtlichen Erfahrungen, Religionszugehörigkeiten und Sprachen zerreißen müsse, wenn man es zwinge, sich dem Westen oder Osten anzuschließen. Der frühere CIA-Analyst Larry Johnson warnte, die USA könnten Georgien in einer Weise benutzen wie sie die Ukraine benutzten, nämlich als „eine Angriffsrampe, um zu versuchen, Russland zu zerstören“.
   Quelle: Multipolar
9. **Menschenrechtspreis: Palästinensischer Anwalt für Kinderrechte wird geehrt**

Amnesty International hat den Anwalt Khaled Quzmar für seinen Einsatz für Kinder in Haft ausgezeichnet. International wird er gelobt, in Israel schikaniert. Seit fast vier Jahrzehnten beschäftigt sich Khaled Quzmar mit einem besonders schwierigen, ja fast grausamen Thema: Kindern in Haft. Jetzt erhält er für seine Arbeit den Menschenrechtspreis der Organisation Amnesty International. Quzmar ist Anwalt, spezialisiert auf die Verteidigung von Minderjährigen, die vor Gericht landen. Fast sein ganzes Leben lang vertritt er im von Israel besetzten Westjordanland Palästinenser:innen, die sich vor Militärgerichten verantworten müssen. Denn im Westjordanland gilt für sie, anders als für israelische Siedler:innen, das Militärrecht. Etwa 350 Kinder befinden sich derzeit in Haft. Und die Verwaltungshaft erlaubt es den israelischen Behörden, Menschen ohne Anklage jahrelang in Gewahrsam zu halten. Unter ihnen befanden sich laut Daten von Unicef, die sich auf Angaben des israelischen Gefängnisdienstes stützen, im September 2026 mindestens 164 Minderjährige.
Quelle: taz

10. **BYD will Autos für Europa in Frankreich produzieren**
Fast drei Jahrzehnte lang stand Hambach für den Smart. Nun will Chinas größter Autobauer BYD in Lothringen Fahrzeuge für den europäischen Markt herstellen. Paris drängt auf europäische Wertschöpfung.
Der chinesische Autobauer BYD könnte bereits Ende 2027 mit der Produktion in der ehemaligen Smart-Fabrik im lothringischen Hambach nahe der deutschen Grenze beginnen. Der französische Industrieminister Sébastien Martin begrüßte die geplante Übernahme des Werks. Er ziehe es vor, dass die 300.000 in Europa verkauften BYD-Fahrzeuge auch dort produziert würden, mit europäischen Beschäftigten, europäischen Bestandteilen und zu europäischen Kosten, sagte Martin am Mittwoch nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP dem Sender France Info.
Quelle: World News Monitor

dazu auch: **Doppelrezension: Der China-Schlüssel/Chinas langer Marsch in die Moderne**
Beat Schneider seziert und analysiert die im Westen fast alltäglichen Vorurteile gegenüber China und öffnet wichtige Zugänge zum Verständnis der Volksrepublik und der chinesischen Gesellschaft.
Quelle: German Foreign Policy

11. **Bei uns verbotene Pestizide werden in Afrika verkauft**
Erkrankte in Kenia wollen Monsanto, Syngenta, Bayer und BASF verklagen. Die

Hälfte der benutzten Pestizide ist in Europa verboten.
Die Einwohner:innen der kenianischen Kleinstadt Timau sind auffallend häufig krank. Einige machen Pestizide dafür verantwortlich, wie sie in den Gartenbauunternehmen der Umgebung verwendet werden. Das im kenianischen Hochland am Mount Kenia gelegene Timau ist ein Zentrum des Gartenbaus, das mehrere tausend Arbeitskräfte aus der Region anzieht. Viele Anwohner arbeiten in den Gewächshäusern und sind dabei Spritzgiften ausgesetzt.
Quelle: Infosperber

12. **Neue Energie, alte Ausbeutung: Grüner Strom darf nicht auf Kosten indigener Rechte gehen**
Erst Öl und Erz, jetzt Lithium, Staudämme und Solarparks – und alles über die Köpfe der Einheimischen hinweg? Die gescheiterte Klimakonferenz ist auch ein Rückschlag für die Rechte indigener Völker.
Im brasilianischen Regenwald sollte jetzt, Ende November, eigentlich längst die Regenzeit begonnen haben. Der Juruá-Fluss führt zu dieser Zeit normalerweise so viel Wasser, dass auch große Boote problemlos auf ihm fahren können. Doch als ich vor wenigen Tagen mit Menschen am Oberlauf des Flusses telefonierte, berichteten sie mir das Gegenteil: Der Wasserstand ist so niedrig, dass die großen Boote nicht mehr fahren können. Für die Menschen, die auf den Fluss als Verkehrsweg angewiesen sind, hat das gravierende Folgen.
Quelle: Tagesspiegel
13. **Resignation und Vision**
Drei ehemalige ARD-Mitarbeiter tauchen in den öffentlich-rechtlichen Kosmos ein und schlagen eine Rundfunkwende vor.
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht seit Jahren in der Kritik. Die Zwangsgebühren, die als einseitig erlebte Berichterstattung. Was die Mitarbeiter erleben, dringt jedoch kaum nach außen. Das ändert sich nun mit dem Buch „Rechtsfreier Rundfunk“ von Michael Jung, Ole Skambraks und Martin Ruthenberg. Mit einer überwältigenden Fülle an Berichten persönlich betroffener Beschäftigter werden hier strukturelle Probleme, verkrustete Hierarchien und ein Klima der Angst in den Sendern nachgewiesen. Die Entwicklung begann vor Jahrzehnten und wurde durch mangelnde Kontrolle und fehlende Transparenz ermöglicht. Die Auswirkungen kochen jetzt hoch und werden mehr und mehr sichtbar. Sie gipfeln in mehreren hundert Gerichtsprozessen gegen die Rundfunkgebühr und in der Absicht der AfD Sachsen-Anhalts, die Medienstaatsverträge zu kündigen.
Quelle: Freie Medienakademie

14. **Uwe Wagschal zum BSW-Urteil des Bundesverfassungsgericht: „Das ist Statistik à la carte“**
Dem BSW fehlten 9.529 Stimmen, nun verwirft Karlsruhe seine Wahlbeschwerde. Dabei zählt Uwe Wagschal bundesweit 517 Wahlbezirke ohne BSW-Stimme – erwartbar wären rund 214. Oft punktete dort ausgerechnet das Bündnis Deutschland. Ein Gespräch
Sehr wenig fehlte der Wagenknecht-Partei 2025 für den Bundestag. Wäre sie drin, hätte die Merz-Koalition keine eigene Mehrheit. Nun hat das Bundesverfassungsgericht eine Wahlprüfungsbeschwerde der Partei gegen das Zweitstimmenergebnis als unzulässig verworfen. Nach Auffassung der Richter hatten die Beschwerdeführer keinen hinreichend konkreten Sachverhalt dargelegt, aus dem sich ein relevanter Wahlfehler ergeben könnte.
Uwe Wagschal, Professor an der Universität Freiburg, kritisiert das Urteil scharf. Er sagt: Das BSW soll konkrete Fehler belegen, erhält aber das einzige Beweismittel, die Nachzählung, nicht. Wäre sie erfolgt, hätten sich Auffälligkeiten bewahrheiten können. Denn ausgerechnet dort, wo das BSW auf null fällt, liegt die namensähnliche Nachbarpartei Bündnis Deutschland auf dem Stimmzettel weit über ihrem Erwartungswert.
Quelle: der Freitag
15. **Microsoft ruft nach weltweitem IT-Ausfall »Code Red« aus**
Ein weltweiter IT-Ausfall hat bei Microsoft Alarm ausgelöst. Der Konzern hat intern die höchste Krisenstufe ausgerufen und plant, seine Notfallabläufe zu überarbeiten. Das Ziel sei eine schnellere Reaktionsfähigkeit.
Nach einer folgenschweren weltweiten IT-Störung hat Microsoft intern die höchste Alarmstufe »Code Red« ausgerufen. Damit soll das Krisenmanagement verbessert und die eigenen Systeme widerstandsfähiger gemacht werden.
Der Ausfall am 12. und 13. November hatte rund 24 Stunden gedauert und zahlreiche Kunden weltweit betroffen. Betroffen waren unter anderem Behörden in Australien und den USA, Wertpapierhändler sowie die Kommunikation von Fluggesellschaften. Auch Microsoft-Dienste wie Exchange Online, Outlook, Teams und der KI-Assistent Copilot waren zeitweise nicht erreichbar.
Es handele sich um den schwersten Vorfall in der Geschichte von Exchange Online, schrieb Microsoft-Manager Jason Henderson in einem internen Memo vom Freitag. Noch nie hätten so viele Kunden über einen so langen Zeitraum keinen Zugriff auf ihre E-Mails gehabt. Das Dokument liegt der Nachrichtenagentur Reuters vor.
Quelle: DER SPIEGEL